

# Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 042 und 041

Für den Inhalt verantwortlich: Hans Riemer

3. Oktober 1946

Blatt 1390

## Vorübergehende Sperre für orthopädisches Maß-Schuhwerk

Das Hauptwirtschaftsamt gibt bekannt, daß die Annahme von Ansuchen um Bezugscheine für orthopädisches Maß-Schuhwerk mit sofortiger Wirkung bis auf weiteres eingestellt ist.

## Wiedereröffnung des städtischen Bades in Mödling

Das städtische Bad in Mödling, das in den Jahren 1927/28 mit großen Kosten errichtet wurde und außer einem Sommerbad, Dampf-, Wannen- und Brausebadabteilungen noch ein großes Hallenschwimmbad umfaßt, wurde durch Luftangriffe und die Kampfhandlungen während der Befreiung Wiens schwer beschädigt. Schon im Juni 1945 hat die Stadt Wien mit der Wiederinstandsetzung begonnen und das Bad, mit Ausnahme des großen und vollkommen zerstörten Freiluftschwimmbassins, mit einem Aufwand von 60.000 S fertiggestellt.

Heute vormittag fand in Anwesenheit des Bürgermeisters der Stadt Wien General Dr.h.c. Körner, dem Bürgermeister der Stadt Mödling Buchberger, den Wiener amtsführenden Stadträten Honay und Rohrhofer und Offizieren der Sowjetarmee die Wiedereröffnung des Bades statt.

Bürgermeister Buchberger hielt eine Begrüßungsansprache und brachte dem Bürgermeister von Wien und seinen Funktionären und allen am Aufbau des Bades Beteiligten den Dank der Mödlinger Bevölkerung zum Ausdruck.

Bürgermeister Körner versicherte, daß die Stadt Wien, die trotz der Abtrennung Mödlings das Bad weiterhin verwaltet, dessen Wiederaufbau fortsetzen wird. Hierauf nahm er die Eröffnung des Bades vor, das von allen Anwesenden eingehend besichtigt wurde.

Anthony Luchek beim Bürgermeister  
=====

Heute nachmittags empfing Bürgermeister General Dr. Körner im Beisein des Stadtrates Dr. Freund den europäischen Vertreter des amerikanischen Bundes der Industriegewerkschaften CIO Anthony Luchek, der in Begleitung von Oberst Smith von der amerikanischen Militärregierung erschienen war. Der Gast überbrachte die Grüße der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung und berichtete dem Bürgermeister über das von den amerikanischen Gewerkschaften eingeleitete Werk internationaler Solidarität, in dessen Rahmen vorläufig 50.000 Dollar zur Verwendung in Österreich überwiesen wurden. Die amerikanischen Gewerkschaften beider Richtungen arbeiten an einem Hilfsprojekt für die notleidenden Länder und er habe den Auftrag festzustellen, in welcher Weise diese und sonstige Hilfe für Österreich von den amerikanischen Gewerkschaften geleistet werden könnte.

An diese Mitteilungen knüpfte sich eine rege Aussprache über alle Probleme die vor allem die Wiener Arbeiterschaft betreffen. Eingehend wurden die Ernährungsverhältnisse und die daraus resultierenden Gesundheitsverhältnisse der Wiener Bevölkerung besprochen. Es wurde die Entwicklung der Sterblichkeit und vor allem der Tuberkuloseerkrankungen eingehend erörtert. Als besonders dringend bezeichnete Bürgermeister Körner die Beschaffung von Kleidern und Schuhwerk für die Wiener Arbeiter.

Mister Luchek erkundigte sich auch über die Erfahrungen der Gemeinde Wien im Verkehr mit den Besatzungsbehörden. Auch diese Frage konnte von Bürgermeister Körner erschöpfend beantwortet werden. Abschließend stellte der Bürgermeister fest, daß die Befreiung Österreichs von den Fesseln der Zoneneinteilung und der wirtschaftlichen Bevormundung die wesentlichste Voraussetzung für eine gesunde Entwicklung unserer Wirtschaft und unserer Lebensbedingungen ist.

Fleischkonserven statt Schweinewurstkonserven  
=====

Das Landesernährungsamt Wien gibt bekannt:

Zur Erfüllung des auf die Abschnitte W 7 und 43 der Lebensmittelkarten sowie auf Abschnitt 26 der Zusatzkarten für Schwerarbeiter, Arbeiter und Mütter erfolgten Aufrufes von Schweinewurstkonserven können auch Fleischkonserven abgegeben werden.

Wiener Landtag  
=====

Der Wiener Landtag trat Donnerstag um 17 Uhr unter Vorsitz des Präsidenten Dr. Neubauer zu seiner ersten Sitzung nach den Sommerferien zusammen.

Als erster Punkt der Tagesordnung gelangte das Anzeigenabgabengesetz zur Verhandlung. Berichterstatter Amtsführender Stadtrat Honay (S.P.) ging zu Eingang seines Referates auf die Entwicklung der städtischen Steuereinnahmen im allgemeinen ein, die summenmäßig im wesentlichen den präliminierten Beträgen recht gegeben haben. Für die ersten acht Monate des Jahres 1946 waren nach dem Voranschlag Einnahmen in Höhe von 87 Millionen Schilling vorgesehen, die tatsächlichen Einnahmen betragen 89 Millionen Schilling. Innerhalb der einzelnen Abgaben haben sich sehr große Verschiebungen ergeben. Eine überaus bedauernde Erscheinung ist die gewaltige Mindereinnahme bei der Gewerbesteuer. Hier war für die ersten acht Monate des Jahres ein Betrag von 27 Millionen präliminiert, es gingen aber nur 16 Millionen ein. Diese gewaltige rückgängige Bewegung konnte durch die sogenannten Konjunktursteuern nicht aufgehoben werden, obwohl sich hier sehr nennenswerte Mehrerträge ergaben. So hat die Vergnügungssteuer in dem gleichen Zeitraum mit 13.6 Millionen einen Mehrertrag von 5.6 Millionen erbracht, die mit 2 Millionen veranschlagte Getränkesteuer eine Mehreinnahme von 1.2 Millionen, die Lohnsummensteuer eine Steigerung von 4.8 auf 6.2 Millionen und die Grundsteuer einen Mehrertrag von 3.8 Millionen Schilling. Die Mehreinnahmen bei den Verwaltungsabgaben machen 1.7 Millionen

aus, sodaß bei den wichtigsten Abgaben Mehrereinnahmen von 13.7 Millionen zu verzeichnen sind. Mit dem Mehrertrag von 300.000 S bei den kleineren Steuern ist insgesamt ein Mehrertrag von ungefähr 14 Millionen Schilling zu verzeichnen. Dem gegenüber steht die Mindereinnahme von 11 Millionen bei der Gewerbesteuer. Die Gemeindeverwaltung muß daher den Versuch unternehmen, gewisse Steuerquellen ohne wirtschaftliche Schädigung der breiten Massen oder einzelnen Wirtschaftszweige neu zu erschließen. Dazu gehört die Anzeigen- oder Inseratenabgabe. Die Gemeindeverwaltung hat eine solche Abgabe bereits im Jahre 1924 eingeführt. Diese hat im gleichen Jahre einen Ertrag von 2.6 Millionen Schilling ergeben und in dem Jahr der wirtschaftlichen Konjunktur 1929 einen Ertrag von über 5 Millionen Schilling erbracht. Durch die Wiedereinführung der Inseratensteuer sollen nun alle entgeltlichen Einschaltungen in Tageszeitungen oder Druckwerken mit einer einheitlichen Abgabe von 10% belegt werden.

Der Berichterstatter erläuterte sodann die einzelnen Bestimmungen der Gesetzesvorlage und teilte mit, daß das Land Niederösterreich in Kürze die Einführung eines ähnlichen Gesetzes mit gleicher Abgabenhöhe in Aussicht gestellt habe und daß auch einige andere Bundesländer, so Steiermark, Salzburg, Kärnten und Oberösterreich die Einführung einer solchen Abgabe planen. Die Abgabe sei für die Gemeinde Wien auch im Hinblick auf die Mehrauslagen von Bedeutung, die ihr infolge der durch die Preiserhöhungen notwendig gewordenen Vorschußzahlungen auf die künftige Bezugsregelung an die Angestellten der Stadt Wien erwachsen.

Abg. Dr. Scswinsky (KPÖ) hebt hervor, daß zur Erfüllung der Aufgaben, die Wien als Bundeshauptstadt und die durch den Krieg am meisten betroffene Stadt hat, neue Wege der Finanzpolitik beschritten werden müssen. Die Wiedereinführung der Anzeigenabgabe sei unzureichend. Ihr Ergebnis trege nicht zur Lösung der entscheidenden Probleme, so des Wiederaufbaues der Stadt, des Wohnhausbaues, der Wiederinstandsetzung der Wohnungen, des Neubaus von Schulen und des Wiederaufbaues des Verkehrs bei. Gegen eine Benachteiligung Wiens bei der Zuteilung materieller und finanzieller Mittel müsse mit allem Nachdruck Stellung genommen werden. Insbesondere müsse das Bundesfinanzgesetz endlich in Kraft treten. Der Großteil der Einnahmen fließe dem Bundesbudget zu, die Stadt Wien habe aber auf jenen Anteil, der ihr auf Grund

seiner Bedeutung zustehe, vor allem bei Zuteilung von Baustoffen, Kohle, Strom, Pneumatiks und Vieh Anspruch. Weder auf dem Gebiete der Materialzuteilung noch auch auf finanziellen Gebiete werde Wien entsprechend berücksichtigt. Der Wiener Landtag müsse gegen eine solche Benachteiligung feierlichen Protest einlegen und eine entsprechende Beteiligung der Länder und vor allem des Landes Wien an den Steuererträgen des Bundes verlangen. Die Wiener Landesregierung müsse im Interesse des Wiederaufbaues der Stadt bei der Bundesregierung diesbezügliche Schritte unternehmen. Außerdem müßten neue Steuerquellen erschlossen werden. Eine derselben liege in der wirksamen Besteuerung des Grundbesitzerwerbes nach dem Jahre 1938. Auch der Erwerb von Konzessionen, Gewerbescheinen sowie Dienstvorrückungen in der nationalsozialistischen Zeit müßten genauestens untersucht und zum Gegenstand neuer Steuern gemacht werden. Desgleichen sei eine innere Anleihe ins Auge zu fassen. Die Wiener verlangen eine entschlossene und intensive Politik zur Sicherung unserer Stadt. Hören wir sie und gehen wir an die Arbeit! (Lebhafter Beifall bei den Kommunisten)

Abg. Kammermaier (ÖVP) stellte den Antrag, daß auch Suchanzeigen nach durch den Krieg vermißten Personen steuerfrei sein sollen.

Stadtrat Honey (SPÖ) begrüßte es in seinem Schlußwort, daß von der deutlich sichtbaren finanziellen Benachteiligung der Stadt Wien gesprochen wurde. Es muß die Wahrnehmung gemacht werden, daß Stadt und Land Wien von der Bundesregierung nicht so berücksichtigt werden, wie es nach den vorhandenen Schäden sein müßte. Alle von den Parteien erfolgten Versprechen seien bisher leider ergebnislos geblieben. Er betonte die Wichtigkeit eines Zusammenwirkens aller drei Parteien in dieser Hinsicht.

Dem Zusatzantrag des Abgeordneten Kammermaier auf Nichtbesteuerung von Suchanzeigen schloß sich Stadtrat Honey an.

Das Anzeigenabgabegesetz wurde in beiden Lesungen einschließlich des Zusatzantrages Kammermaier angenommen.

Der Landtag schritt nun zur Beratung des zweiten Punktes der Tagesordnung.

3. Oktober 1946

Finanzreferent Stadtrat Monay gab einen Überblick über die dem  
Landtag zur Beschlußfassung vorgelegten  
Änderungen des Vergnügungssteuergesetzes.

In den ersten acht Monaten des Jahres 1946 hat die Vergnügungssteuer rund 13.6 Millionen Schilling eingebracht. Ihr Ertrag muß, um den ständig wachsenden Mehrausgaben der Stadtverwaltung eine entsprechende Bedeckung gegenüberzustellen, erhöht werden. Dies ist zweifellos, ohne wirtschaftliche Nachteile für den Betroffenen, bei den Kinos und Nobellokalen möglich. Die Steuersätze für die Kinos sind jetzt nach der Jahreseinnahme gestaffelt. Sie betragen für die kleinsten Betriebe mit einer Jahreseinnahme bis zu 50.000 S 7.5% und steigen auf 20% bei einer Jahreseinnahme von mehr als 600.000 S. Von den 223 Wiener Kinos sind 43 bombenbeschädigt oder zerstört. Steuerpflichtig sind 177 Betriebe. Davon fallen 12 in die niederste Steuerstufe, 29 in die nächsthöhere mit 100.000 S Umsatz und 8.5% Steuer, während 36 einen jährlichen Umsatz von 350.000 S erreichen und davon 17% Vermögenssteuer zu entrichten haben. Nur vier Unternehmungen erreichen den höchsten Steuersatz. Nunmehr soll der Mindeststeuersatz 10% und der Höchstsatz 25% betragen. Die Kinos sind am Ertrag der Vermögenssteuer mit rund acht Millionen S beteiligt; die Erhöhung der Steuer dürfte rund 250.000 S bringen.

Ferner soll die Abgabe von Musikveranstaltungen, Bars und Nachtlokalen, Kunstlaufvorführungen, Varietés und Kabarets bei denen vorwiegend oder ausschließlich teure Getränke verabfolgt werden, von 20% auf 25% erhöht werden.

Bei musikalischen Darbietungen mittels Musik- und Sprechapparaten wird ein um ein Viertel erhöhter Steuersatz eingehoben werden. Hat der Tonfilm in Wien allein rund 2000 Musiker arbeitslos gemacht, so ist zu befürchten, daß sich die große Zahl der arbeitslosen Musiker durch die Repatriierung in Deutschland ansässig gewesener österreichischer Musiker noch steigern wird. Durch die Erhöhung der Steuersätze für Musikdarbietungen mittels eines Musik- oder Sprechapparates soll nun der Anreiz zur Beschäftigung von Musikern vergrößert werden. Hiedurch wird einer von der Arbeiterkammer vertretenen Anregung der Sektion Musiker der Gewerkschaft der Angestellten der freien Berufe im Verbände des österreichischen Gewerkschaftsbundes entsprochen. Der Ruf

Wiens als Stadt der Musik kann dadurch nur gewinnen. Da heute brauchbare Musik- und Sprechapparate nahezu in keinem Betriebe vorhanden sind, werden Beschwerden von Unternehmern, die sich kostspielige derartige Apparate beschafft haben, in deren Auswertung sie durch die neuen Steuersätze beeinträchtigt wären, kaum zu verzeichnen sein.

Die Vergnügungssteuer für künstlerisch hochstehende Theater- und Konzertveranstaltungen betrug bisher 7.5% und konnte bis auf 3% herabgesetzt werden. Von diesen Begünstigungen wurde nahezu kein Gebrauch gemacht. Da die künstlerische Wertung einer Veranstaltung selten einhellig erfolgt, wurde diese Begünstigungsklausel gestrichen, wodurch in Hinkunft unliebsame Auseinandersetzungen vermieden werden. Der einheitliche Steuersatz von 7.5% wird beibehalten.

Die Besteuerung des Sportes bleibt unverändert. Von Jänner bis August haben die sportlichen Veranstaltungen rund 700.000 S eingebracht. Es ist daran gedacht, einen Teil der Vergnügungssteuer aus diesen Veranstaltungen der Pflege des Körpersports zu widmen.

Nach vorsichtigen Schätzungen dürfte der durch die Novellierung des Vergnügungssteuergesetzes erzielte jährliche Mehrertrag rund eine Million S betragen.

Abg. Dr. Robitschek (ÖVP) hob hervor, daß es noch selten ein Finanzgesetz mit einer Steuererhöhung gegeben habe, welches eine so allgemeine Befriedigung hervorrufe. Es wird in weitesten Kreisen der Bevölkerung, die sich heute in den Wiederaufbauprozess eingeschaltet haben, mit Empörung festgestellt, daß es besser gestellten Kreisen möglich ist, teure Lokale aufzusuchen. Es ist daher ein Akt der Gerechtigkeit, wenn diese Kreise nun von einer höheren Steuer betroffen werden. Auch die Erhöhung der Steuer für die Eintrittskarten für Kinos ist gerechtfertigt. Wenn sich viele Menschen schon in den frühen Nachmittagsstunden bei den Kinokassen anstellen, dann können diese auch eine kleine Erhöhung der Preise hinnehmen. Die Österreichische Volkspartei begrüßt daher diesen Gesetzentwurf. (Beifall).

Die Gesetzesvorlage wurde mit der erforderlichen Mehrheit angenommen.

Als dritter Punkt der Tagesordnung wurde ein Gesetzesentwurf betreffend die Regelung öffentlicher Sammlungen behandelt.

Berichterstatter Stadtrat Honay (SPÖ) stellt die Notwendigkeit dieser Regelung fest, weil auf diesem Gebiete noch immer die Reichsgesetze Geltung haben. Schon im Jahre 1927 habe der Landtag ein ähnliches Gesetz beschlossen und auf dieser Grundlage ist auch dieses Gesetz aufgebaut. Sammlungen für wohltätige Zwecke, Sammlungen bei Veranstaltungen, für kirchliche Sammlungen usw. sind nicht anzeigepflichtig. Für öffentliche Sammlungen, die auf der Straße oder mittels Sammelbogen in den Häusern durchgeführt werden, muß zwei Monate vorher beim Magistrat um Bewilligung eingereicht werden. Die Sammler dürfen keine Entlohnung für die Sammlung annehmen. Der Magistrat wird die Sammelbüchsen genau kennzeichnen, damit der Gebende weiß, wofür die Sammlung durchgeführt wird und sich nach Beendigung der Sammlung genaue Rechnung legen lassen. Auch kann er die Veröffentlichung des Ergebnisses verlangen. Es werden wieder fünf Sammlungen im Jahr durchgeführt werden, und zwar für die Tuberkulosenfürsorge, für das Wiener Jugendhilfswerk, für die Blinden, für die Armen der Stadt Wien und für die Barmherzigen Brüder. Früher wurden auch Sammlungen für die Wiener Rettungsgesellschaft durchgeführt, doch diese ist inzwischen in den Gemeindebetrieb überführt worden.

Abg. Dr. Freytag (ÖVP) erklärt das Einverständnis seiner Fraktion zu der Gesetzesvorlage, bringt aber einen Abänderungsantrag ein, demzufolge zur Vermeidung von Mißbräuchen an die bei den Sammlungen verwendeten Personen vom Magistrat eigene Abzeichen ausgegeben werden sollen, welche während der Sammel-tätigkeit sichtbar zu tragen sind. An nicht vertrauenswürdige Personen solle die Abgabe des Abzeichens verweigert werden. (Beifall bei der ÖVP).

Berichterstatter Stadtrat Honay wendet sich in seinem Schlußwort gegen diesen Antrag, da gerade die Ausgabe von jederzeit übertragbaren Abzeichen geradezu die Quelle von Mißbräuchen sein werde. Die Gesetzesbestimmung, wonach die Sammler Lichtbildausweise besitzen müssen, genüge. Außerdem seien die Kosten für die Anfertigung einer großen Zahl von Abzeichen nicht zu unterschätzen.

Bei der Abstimmung wird der Gesetzentwurf gemäß dem Antrag des Berichterstatters in erster und zweiter Lesung angenommen, der Abänderungsantrag Dr. Freytag abgelehnt.

Damit ist die Tagesordnung des Landtages erschöpft.

Schluß der Sitzung 18'30 Minuten.

3. Oktober 1946

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 1998

### Die Sitzung des Gemeinderates.

=====

Nach der Landtagssitzung trat der Wiener Gemeinderat unter Vorsitz des Bürgermeisters General Dr. Körner zu seiner ersten Sitzung nach den Sommerferien zusammen. Vor Eingang in die Tagesordnung ergriff Bürgermeister Körner zu einer Erklärung das Wort. Der Bürgermeister führte aus:

Der Klub der sozialistischen Gemeinderäte hat das Ersuchen gestellt, angesichts der katastrophalen Zustände auf dem Gebiete der Energiewirtschaft und der teilweisen Einstellung des Betriebes der Straßenbahnen eine Gemeinderatssitzung einzuberufen. Die Lage ist mittlerweile eine andere geworden. Wir haben selbstverständlich bei der Regierung, beim Herrn Bundeskanzler und beim Ministerium für Energiewirtschaft Schritte eingeleitet und haben dort vollstes Verständnis für die Lage Wiens gefunden. Mittlerweile wurde die Leitung Kaprun-Gerlos hergestellt, sodaß Strom aus Tirol hereinkommt. Infolge unserer Intervention wurde veranlaßt, daß die Hauptmenge dieses Stromes Wien zugute kommt. Hiemit können alle Abschaltungen aufhören und ein normaler Betrieb der Straßenbahnen wieder stattfinden. Die Einberufung des Gemeinderates ist dadurch überflüssig geworden. (Allgemeiner Beifall und Händeklatschen.)

Von den Gemeinderäten Marek, Thaller, Fritsch und Genossen ist ein Antrag betreffend Vorkehrungen zur Sicherung der Ernährung, Bekleidung, Beheizung und Beleuchtung für die Wiener Bevölkerung;

von den Gemeinderäten Dr. Robetschek, Tanzer und Genossen (ÖVP.) eine dringliche Anfrage betreffend die drei Dampfkesselanlagen für das Kraftwerk Simmering der Elektrizitätswerke und von den

Gemeinderäten Lauscher und Genossen (KP.) ein dringlicher Antrag betreffend Vorschläge für Maßnahmen auf dem Gebiete des Ernährungswesens eingebracht worden, die am Schlusse der öffentlichen Sitzung zur Verlesung und Behandlung gelangen werden.

Weiters sind zwei Anfragen eingebracht, und zwar

eine dringliche Anfrage des Gemeinderates Steinhardt und Genossen (KP.) betreffend Sicherung von Brennmateriale für die Haushalte und

die zweite des Gemeinderates Keller und Genossen (KP.) be-

treffend Förderung der Instandsetzung beschädigter Wohnungen.

Sodann erfolgte die Wahl des Gemeinderates Glins (SPÖ.) in den Gemeinderatsausschuß für Gesundheitswesen an Stelle der aus dem Gemeinderat ausgeschiedenen Gemeinderätin Birkhofer.

Zu folgenden Punkten der Tagesordnung waren keine Redner gemeldet. Diese Gegenstände wurden daher ohne Referat zum Beschlusse erhoben. Dies ist eine Subvention von 3000 S an den Verein für Geschichte der Stadt Wien; ein Antrag auf Gewährung eines Zuschusses in der Höhe von 17.798'98 S an den Milch- und Fettwirtschaftsverband zur Deckung der Gesteungskosten von 619.095 Liter Frischmilch, die aus Salzburg nach Wien gebracht wurde.

Ohne Debatte wurde auch der Geschäftsbericht der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien für das Jahr 1944 zur Kenntnis genommen. Der Reingewinn dieses Geschäftsjahres betrug 2.710.023'63 RM, von dem an die gesetzliche Sicherheitsrücklage 1.410.023'63 RM, an die sonstigen Rücklagen 700.000 RM und an die Spendenrücklage 600.000 RM überwiesen wurden.

Ohne Referat wurden ferner beschlossen mehrere Flächenwidmungs- und Bebauungspläne; die Errichtung von Dauerkleingartenanlagen im 10. Bezirk, Holzknechtstraße und im 14. Bezirk zwischen Rosentalgasse und Steinböckengasse; die Aufhebung des Bauverbotes im Parkschutzgebiet für eine Sand- und Schottergrube in der Olympiawiese im Prater; die Erwerbung einer Liegenschaft im 3. Bezirk; die Änderung des Firmenwortlautes der Gemeinde Wien - Städtische Leichenbestattung in "Gemeinde Wien - Städtische Bestattung"; der Ausbau elektrischer Anlagen und Ortsnetze durch die Wiener Elektrizitätswerke, wofür Sachkredite im Betrage von 2.600.000 S genehmigt wurden; ~~der Ankauf von 10 Autobussen durch die Wiener Verkehrsbetriebe, wofür ein Sachkredit von 900.000 S bewilligt wurde und die Errichtung einer 7 Kv- und 380 V-Eigenbedarfsschaltanlage samt Fernsteuerung im Dampfkraftwerk Simmering, wofür ein Sachkredit von 12 Millionen Schilling bewilligt wurde.~~

Vizebürgermeister Speiser (SPÖ.) berichtete über eine vorläufige Maßnahme, die bis zur Durchführung der in Verhandlung stehenden Bezugsregelung der städtischen Bediensteten getroffen werden soll. Darnach ist den nach der Tarifordnung B oder nach derzeit noch in Geltungstehenden Kollektivverträgen entlohnten vollbeschäftigten Arbeitern, deren Bruttomonatsbezug ohne Zulagen den Betrag von 290 S nicht übersteigt, ein einmaliger, verrechen-

barer Vorschuß von 50 S sofort abzugsfrei auszus zahlen. Für die nach der Tarifordnung A entlohn ten Angestellten werden sich die mit Wirksamkeit vom 15. Juli 1946 geltenden Bezüge in den Vergütungsgruppen X und tiefer zwischen 188 S und 240 S bewegen. Diese Mindestbezüge gelten auch für die Bediensteten in den Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten. Die Bruttomindestbezüge der Beamten werden mit Wirksamkeit vom 1. September 1946 mit der Gehaltsordnung für Bundesbeamte gleichgestellt.

Gemeinderat Schwaiger (ÖVP.) gab seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß den opferbereiten Arbeitern und Angestellten der Stadt Wien, die im Jahre 1945 aus einem Chaos heraus aufzubauen begannen, eine Lohn- und Gehaltserhöhung gegeben werden kann.

Gemeinderat Dr. Altmann (KPÖ) betonte, daß durch die vorgesehenen Maßnahmen eine Angleichung der Bezüge, insbesondere der niedrig entlohn ten Angestellten der Stadt Wien an die tatsächlichen Lebensverhältnisse nicht erfolge. Die Gemeinde Wien hat die wesentliche Aufgabe, auf dem Gebiete der Personalpolitik vorbildlich zu wirken. Die Maßnahmen auf dem Gebiete der Gehälter sind untrennbar mit dem schwierigen und dringendst zu lösenden Problem Löhne - Preise verbunden. Die Lasten dieses Krieges werden von der gesamten österreichischen Bevölkerung getragen werden müssen. Sie sollen nicht wieder von jenen getragen werden, die sie bereits einmal tragen mußten, den Arbeitern und Angestellten. Auch die Personalpolitik der Gemeinde Wien wird sich in diesem Rahmen zu halten haben. Vom Gesichtspunkt des Alimentationslohnes aus sind die vorgesehenen Maßnahmen nicht ausreichend, um den Lebensunterhalt einer Familie, ja auch nur einer einzeln lebenden Person, zu decken. Wir müssen erklären, daß wir willens sind, den Angestellten jene Bezüge zu geben, die ihren Lebensunterhalt sichern, und dafür zu sorgen, daß die Löhne und Gehälter der Angestellten der Gemeinde Wien den ununterbrochen steigenden Preisen gegenüber nicht zurückbleiben. Wir hoffen, daß wir bald in eine Zeit kommen, in der das Problem der Leistungslöhne wieder im Vordergrund steht.

Der Redner regt an die Stadt Wien möge mit der Vertretung ihrer Angestellten in Verhandlungen treten, um für die niedrigst Entlohn ten den Lebensunterhalt und die Angleichung der Löhne an die Preissteigerungen zu sichern, sodaß das künftige Lohnniveau der Angestellten der Stadt Wien vorbildlich für den Bund

und für die Arbeitgeber in der Privatwirtschaft werde.

Vizebürgermeister Speiser ging in seinem Schlußwort auf die in der Debatte aufgeworfenen Probleme ein und verwies im besonderen darauf, daß die Gemeinde Wien in den Jahren 1918 bis 1934 unter Verwaltung derselben Partei, die heute noch die Mehrheit im Rathaus besitzt wahrlich bewiesen habe, daß sie eine vorbildliche Personalpolitik betrieben habe. In dieser Zeit wurden die Gemeindeangestellten von allen/öffentlichen Angestellten, aber auch von vielen Privatangestellten um ihre Lohn- und Gehaltsverhältnisse beneidet. Der Krieg brachte es mit sich, daß es heute nicht mehr möglich ist, für die Angestellten so wie früher zu sorgen. Trotzdem hat sich die Stadt Wien als erste entschlossen, für ihre Gehaltsempfänger/<sup>zuerst</sup>durch eine Zulage von 25 S eine Erhöhung der Bezüge der Kleinsten zu schaffen. Wir haben dann diese neue Vorlage in Verhandlung gebracht, die eine Nettoauszahlung von 50 S vorsieht, der morgen wieder eine solche folgt. Die Lohnpolitik der Gemeinde zielt daraufhin, vorläufig den Kleinen möglichst viel zu geben. Was geschehen ist, soll eine Anzahlung auf das Kommende sein. Wir wollen diese Frage gemeinsam, ohne Demagogie lösen. Ich hoffe, schloß der Vizebürgermeister, dem Gemeinderat demnächst eine größere Personalvorlage, ein ordentliches Dienstrecht bringen zu können, das gegenüber den Preissteigerungen allerdings leider noch immer unzulängliche Ansätze für die Löhne und Gehälter haben wird. Zulänglich werden diese Bezüge für alle Angestellten erst wieder werden können, wenn sie für die gesamte Wirtschaft in Österreich möglich sind. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen).

Bei der Abstimmung wird die Vorlage einstimmig zum Beschluß erhoben.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung ersuchte Gemeinderat Thaller (SPÖ) um die nachträgliche Genehmigung der Beteiligung der Gemeinde Wien an der Lastkraftwagenbetriebsges.m.b.H. mit einem Stammkapital von S 298.000.

Gemeinderat Kemmermaier (ÖVP) stellte den Antrag die Gemeindeverwaltung solle die Verhandlungen mit den Alliierten wegen Übergabe der Wagen aufnehmen. Nach erfolgter Übergabe sollte die Lastkraftwagen-Betriebsgesellschaft m.b.H. ehest liquidiert werden, da ihre Gründung nur aus der Not heraus erfolgen mußte.

Im Schlußwort sagte der Referent, daß die Gemeinde sobald als möglich diesen Betrieb liquidieren und die Wagen an die privaten Fuhrwerker übergeben werde.

Der Antrag wurde angenommen.

Berichterstatter Gemeinderat Dinstl (SPÖ) referierte über die Schaffung eines Interimskontos für allgemeine Kosten der Schuttbeseitigung in der Höhe von 500.000 S.

Gemeinderat Resnicek (ÖVP) richtete an den Bürgermeister den dringenden Appell, neuerlich bei den Alliierten vorstellig zuwerden, damit diese uns wieder Kraftwagen zur Verfügung stellen und auch die Bezirke jenseits des Donaukanals vom Schutt befreit werden können. Mit der Beseitigung des Schuttes würden gleichzeitig auch sanitäre Gefahren gebannt.

Gemeinderat Maller (KPÖ) betonte, daß die Abfuhr des Schuttes eine der Grundvoraussetzungen für den Wiederaufbau unserer Stadt sei. Nicht nur das Problem der Schuttbeseitigung besteht, sondern auch das der Sprengung der Ruinen. Die Gemeindeverwaltung solle sich bemühen, daß die Ruinen rechtzeitig abgetragen werden. Zum Schluß bemerkte der Redner, daß es zweckmäßig wäre, zur Abfuhr des Schuttes Straßenbannloris zu verwenden.

In seinem Schlußwort sagte Gemeinderat Dinstl, daß seit Ende des Krieges über 400.000 m<sup>3</sup> Schutt abtransportiert worden seien. Bezüglich der Sprengung der Hausruinen fehle leider der nötige Sprengstoff und es wäre auch schwer, den dadurch anfallenden Schutt rasch zu entfernen.

Wenn wir weiterhin so wie bis jetzt arbeiten können und die Bagger und Autos der Besatzungstruppen zu unserer Verfügung bleiben, dann wird Wien wieder so rein und sauber wie einst werden.

Vorsitzender Bürgermeister Körner bemerkte zu dieser Frage, daß zuwenig Benzin vorhanden wäre, um mehr Autos für die Schuttabfuhr einzusetzen. Das Vorhandene müsse für Lebensmitteltransporte und lebenswichtige Fahrten verwendet werden. Er habe den Alliierten gegenüber betont, daß wir allein nicht weiterkommen. Die Amerikaner stellen uns täglich 40 und die Engländer 30 Autos mit dem nötigen Benzin zur Verfügung. Es müsse aber dringend eine Benzinverstärkung angefordert werden. (Beifall.)

Der Antrag des Referenten wurde einstimmig angenommen.

Stadtrat Dr. Exel (ÖVP) berichtete über den Ankauf von 10 Renault-Autobussen für die Wiener Verkehrsbetriebe und stellte einen Antrag auf Erhöhung des bereits aufgebrauchten Sachkredites zum Ankauf automobilisierter Fahrzeuge von 200.000 Schilling auf 1.100.000 Schilling. Die Autobusse, die vom Berichterstatter während seines Pariser Aufenthaltes ausprobiert wurden und sich gut bewährten, werden mit Dieselöl betrieben und sollen für den peripheren Verkehr verwendet werden.

Gemeinderat Deibl (ÖVP) wies auf die Dringlichkeit eines Autobusverkehrs in der Inneren Stadt hin, deren Bevölkerung ohne jedes öffentliche Verkehrsmittel ist.

Stadtrat Dr. Exel erwähnte in seinem Schlußwort die Möglichkeit, daß durch die Verwendung der neuen Autobusse auf anderen Linien Wagen freiwerden könnten und somit Hoffnung besteht, eine Linie Stephansplatz - Floridsdorf und eine andere ab Schottenring einzurichten.

Der Antrag wurde angenommen.

Stadtrat Dr. Exel beantragte sodann die Errichtung einer 5 kV - und 380 V-Eigenbedarfsschaltanlage mit Fernsteuerung im Dampfkraftwerk Simmering und die hierfür notwendige Bewilligung eines Sachkredites von 1.2 Millionen Schilling. Der Antrag wurde ohne Debatte angenommen.

Ein weiterer Antrag des Stadtrates Dr. Exel beschäftigte sich mit der Fahrpreisfestsetzung auf der Obus-Linie 22 Währinger Gürtel - Salmansdorf.

Gemeinderat Ing. Rieger (ÖVP) bringt einen Abänderungsantrag ein, den Tarif für die Wochenkarte mit Straßenbahnanschluß einheitlich mit 2.50 S zu bestimmen, sowie eine Herabsetzung der Preise für bestimmte Kartenkategorien, eine Verlängerung der Schülerkarten bis zur Gymnasiumstraße und die Einbeziehung der Insassen des Lehrlingsheimes in der Krottenbachstraße in die Begünstigungen vorzusehen.

Stadtrat Dr. Exel verspricht in seinem Schlußwort, die Frage weiterer Ermäßigungen ebenso wie die übrigen im Antrag vorgebrachten Angelegenheiten einer gewissenhaften Prüfung zu unterziehen.

Bei der Abstimmung wird die Vorlage nach dem Antrag des Referenten angenommen. Der Antrag Ing. Rieger der geschäfts-

ordnungsmäßigen Behandlung zugeführt.

Durch Rücktritt der zur Debatte gemeldeten Redner sind noch nachstehende Geschäftsstücke ohne Referat genehmigt worden: Die Beteiligung der Stadt Wien an der Österreichischen Viehverwertungsgesellschaft m.b.H. mit einer Stammeinlage von 500.000 S die baulichen Umänderungen und Instandsetzungen im Gebäude XVII., Promenadegasse 11, wo ein Kindererholungsheim der Schweizer Quäker eingerichtet wurde die Errichtung einer Dauerkleingartenanlage auf dem Michaelerberg im XVIII., Bezirk und der Tausch einer Liegenschaft im IX. Bezirk.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Es folgt die Erledigung der eingebrachten Anträge und Anfragen.

Als erster gelangt der Antrag der Gemeinderäte Marek, Thaller, Fritsch und Genossen (SPÖ) zur Verhandlung, durch den der Bürgermeister gebeten wird, über alle seine Bemühungen, die im Einvernehmen mit den Stadtsenatsmitgliedern unternommen wurden, um die Lebensfragen der Bevölkerung sowohl bei der Bundesregierung als auch bei den Alliierten anhängig zu machen und alle nur irgendwie erdenklichen Erfolge für die Lebensnotwendigkeiten der Bevölkerung zu erzielen, dem Gemeinderat einen ausführlichen Bericht zu erstatten.

Gemeinderat Marek (SPÖ) hob in der Begründung dieses Antrages hervor, daß der Bürgermeister vom ersten Tage seiner Amtsführung an alles unternommen hat, um im ständigen Verkehr mit den militärischen und zivilen Behörden alle Maßnahmen zu beraten, um das Los der Bevölkerung zu erleichtern. Dafür dankt ihm die Stadt Wien und dankt ihm der Gemeinderat. (Allgemeiner lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Wenn wir daher den Herrn Bürgermeister bitten, über diese seine Verhandlungen einen ausführlichen Bericht zu erstatten, so zu dem Zweck, um der gesamten Bevölkerung zu zeigen, daß alles Mögliche wahrgenommen wird, um die Lebensverhältnisse der Bevölkerung zu erleichtern. (Lebhafter Beifall bei den Parteigenossen.)

Der Antrag wird angenommen. Bürgermeister Dr. Körner wird in der nächsten Sitzung des Gemeinderates Bericht erstatten.

Als nächster Punkt gelangt ein Dringlichkeitsantrag des Gemeinderates Lauscher und Genossen (KPÖ) zur Behandlung.

Zur Begründung der Dringlichkeit ergriff Gemeinderat Leuscher (KPÖ) das Wort. Durch den Antrag soll der Stadtsenat aufgefordert werden, unverzüglich bei der Bundesregierung Schritte zu unternehmen, um von dieser im Interesse der Sicherung der Ernährung für die Wiener Bevölkerung die Ergreifung und Durchführung von Maßnahmen nachdrücklichst zu verlangen, die der Redner im einzelnen anführte. Unter den Maßnahmen wird u.a. vor allem eine einheitliche Leitung des Ernährungswesens in Österreich gefordert. Die Wirtschaftsverbände, die gänzlich versagt haben, sollen beseitigt werden. Den Ländern muß im zentralen Versorgungsausschuß entsprechender Einfluß gesichert werden. Die Bevölkerung ist über die gesamte Aufbringung und Ablieferung regelmäßig und laufend zu informieren. Die Großhändler müssen mit erbarmungsloser Strenge bekämpft werden, wobei vor der Todesstrafe nicht zurückgeschreckt werden darf. Die Schnellgerichte müssen sofort mit ihrer Tätigkeit beginnen. Die österreichische Handelspolitik ist so zu lenken, daß unsere Wirtschaft die Nahrungsmittel, Rohstoffe und Futtermittel aus dem Ausland bekommt. Dabei sind die Handelsbeziehungen mit unseren unmittelbaren Nachbarn, wie Ungarn, Jugoslawien, Tschechoslowakei und mit der Sowjetunion aufzunehmen, da dies für die Ernährung Wiens und darüber hinaus für ganz Österreich von entscheidender Bedeutung sei.

Gemeinderat Marek (SPÖ) wandte sich dagegen, dem Antrag Leuscher die Dringlichkeit zuzuerkennen. Dieser Antrag greife in außerhalb des Gemeinderates liegende Kompetenzen, ja sogar solche der gesetzgebenden Körperschaften und der Bundesregierung ein. Außerdem werde der Bürgermeister demnächst einen umfassenden Bericht über alle Maßnahmen erstatten, die im Rahmen der Gemeindeverwaltung durchführbar sind. (Lebhafte Zustimmung).

Bei der Abstimmung wird dem Antrag die Dringlichkeit nicht zuerkannt. Er wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeleitet.

Hierauf gelangen die dringlichen Anfragen zur Behandlung, und zwar als erste die Anfrage der Gemeinderäte Dr. Robetschek, Tanzer und Genossen (ÖVP), betreffend die Anschaffung von drei 150-Tonnenstunden-Dampfkesselanlagen für das Dampfkraftwerk Simmering der Elektrizitätswerke, die in der Gemeinderatssitzung vom 28.3.1946 genehmigt worden war. Die Antragsteller richten die Anfrage, ob die Bestellung dieser Dampfkesselanlagen bereits getätigt wurde oder ob andere Maßnahmen getroffen wurden, damit die Versorgung mit kalorischem Strom im Winter 1947/48 als gesichert zu betrachten ist. Gemeinderat Dr. Robetschek betont in der Begründung der Dringlichkeit, daß die Stromversorgung Wiens in der letzten Woche alarmierend geworden sei und zur völligen Ausnützung des Simmeringer Elektrizitätswerks die Anschaffung der Dampfkesselanlagen unbedingt notwendig sei.

Dem Antrag wird die Dringlichkeit zuerkannt.

Nachdem Gemeinderat Witzmann (SPÖ) einen Situationsbericht über den Kesselankauf gegeben hatte, gab Stadtrat Dr. Exel zu bedenken, daß die Abmontierung von 2 Kesseln in der Hütte Linz, der umständliche Transport und ihre Wiederaufstellung in Wien wahrscheinlich ebenso große Kosten verursachen würden, wie der Ankauf neuer Kessel. Er behielt sich vor, zu der Angelegenheit erst dann Stellung zu nehmen, bis die in Linz im Gang befindliche fachmännische Überprüfung der Kessel abgeschlossen ist.

Zwei dringliche Anfragen der Gemeinderäte Steinhardt (KPÖ) und Maller (KPÖ) betreffend Fragen der Brennstoffversorgung und des Wiederaufbaues wurde die Dringlichkeit nicht zuerkannt. Die beiden Anfragen wurden der geschäftsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Damit waren die Beratungen des Gemeinderates beendet.

Schluß der Sitzung um 21 Uhr.

---